
799/J XXII. GP

Eingelangt am 02.09.2003

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

der Abgeordneten Lichtenberger, Moser, Freundinnen und Freunde
an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie
betreffend Erschwernisse für Bahnkunden, unter anderem in Oberösterreich

Zur Reduktion der nachteiligen Auswirkungen des Straßenverkehrs ist neben der Verlagerung größtmöglicher Güterverkehrsanteile auf die Schiene auch der Ersatz entbehrlicher PKW-Fahrten durch Bahnfahrten ein wichtiges Element. Neben einem funktionierenden, ausreichend finanzierten und attraktiv organisierten Schienennahverkehr- hier ist die derzeitige Bundesregierung bisher trotz großer Ankündigungen alle nötigen Reformschritte schuldig geblieben - als Angebot für den Pendlerinnenverkehr braucht es hier auch Angebote im touristischen Verkehr.

Hier sind beispielsweise Autoreisezüge eine Möglichkeit, gerade in der Zeit touristischer Verkehrsspitzen Schadstoffemissionen einzusparen und zur Verkehrssicherheit beizutragen. Wiewohl es jedoch beispielsweise im oberösterreichischen Zentralraum ansehnliche Nachfrage nach der Nutzung von Autoreisezügen gäbe, werden in Linz unverständlicherweise keine Möglichkeiten dazu geboten. Nachdem hier neben den verkehrspolitischen Vorteilen durchaus Mehreinnahmen für die ÖBB zu erwarten wären, wäre entsprechendes Engagement des zuständigen Verkehrsministers und seines Staatssekretärs längst überfällig. Die Untätigkeit der zuständigen Politiker von ÖVP und FPÖ überrascht angesichts der derzeitigen intensiv geführten Diskussion über Kosten und Nutzen der ÖBB.

Weiters gibt es für den in den letzten Jahren stark zunehmenden Urlaubertransit aus den Beitrittsstaaten - beispielsweise seitens der Tschechischen Staatsbahnen - seit längerem deklariertes Interesse an der Führung von Autoreisezügen Richtung Adria. Die erfolgreiche Platzierung solcher Angebote im Markt würde aber natürlich eine entsprechende, der Kaufkraft der potentiellen Kunden angemessene Preisstruktur voraussetzen. Von Schritten Österreichs in Richtung Unterstützung preislich attraktiver Angebote im Interesse der Verkehrssicherheit und des Umweltschutzes entlang der Urlaubstransitrouten ist jedoch leider nichts bekannt.

Zugleich wird auch auf ganz anderer Ebene umweltfreundlicher „kombinierter Verkehr“ erschwert statt erleichtert. Neuerdings wurde nämlich bei den ÖBB eine Kategorie „Sonderfahräder“ eingeführt. Die entsprechenden Tarif- und

Richtlinienänderungen bedeuten massivste Beschränkungen für Behinderte, die Erwachsenenendreiräder oder Tandems (Blinde!) fahren, weil sie nur so ihrem Mobilitäts- und Bewegungsbedürfnis nachkommen können, sowie für alle anderen Dreirad-, Tandem- und Liegeradfahrerinnen. Es wurde nämlich die Mitnahme von Sonderfahrrädern in normalen Regional- und Eilzügen unterbunden, das ist auf Regionalstrecken das gesamte Zugsangebot und auch auf durchaus wichtigen Strecken der Großteil des Angebots, wie zB auf der Pyhrnbahn 24 von

27 Zugpaaren! Zusätzlich wurde der Preis für die Mitnahme in den wenigen verbleibenden Zügen auf das Achteinhalbfache (!) erhöht. Dies, obwohl bei einem Großteil der Betroffenen das diesbezüglich vorgebrachte Argument des erhöhten Platzbedarfs nicht stichhaltig ist, so etwa bei modernen Liegerädern. Insgesamt ist der Marktanteil solcher „Sonderfahräder“ derart gering, dass die möglichen Mehreinnahmen in keinem Verhältnis zum zusätzlichen Verwaltungsaufwand stehen, umso mehr bei einer gleichzeitigen massiven Einschränkung der Beförderungsmöglichkeiten. Aus denselben Gründen wurde jüngst eine ähnliche Tarifierhöhung im Bereich der Deutschen Bahn nach kurzer Zeit rückgängig gemacht.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Ist an die (Wieder-)Einbeziehung von Linz in das Netz der derzeit ohnehin teilweise durch Linz durchfahrenden Autoreisezüge der ÖBB gedacht, wenn ja wann, wenn nein warum nicht?
2. Wenn nein: Können Sie Hindernisse für andere Bahnunternehmen ausschließen, die Autoreisezüge ab/bis Linz anbieten wollen?
3. Was ist Ihnen im einzelnen aufgrund aktueller Studien o.ä. über die Nachfrage nach Autoreisezügen im Raum Linz/OÖ Zentralraum bekannt?
4. Welche sonstigen Maßnahmen haben Sie a) in den letzten Jahren gesetzt, b) für wann in den nächsten Jahren vorgesehen, um das Angebot von Autoreisezügen in Österreich auszuweiten?
5. Was haben Sie hinsichtlich des Interesses u.a. der Tschechischen Staatsbahnen an der Führung von zusätzlichen Autoreisezügen durch Österreich, insbesondere in Nord-Süd-Richtung, a) im einzelnen unternommen, b) werden Sie bis wann im einzelnen unternemen?
6. Welche Möglichkeiten zu einer den Kaufkraftverhältnissen der Quellstaaten entsprechenden tariflichen Gestaltung solcher Autoreisezugsverbindungen bestehen?
7. Welche Schritte zur verkehrs- wie umweltpolitisch gebotenen größeren Kostenwahrheit im Urlaubertransit durch Österreich werden Sie setzen, u.a. hinsichtlich einer ernsthaften nächtlichen Vignettenkontrolldichte entlang der Transitstrecken?
8. Halten Sie den indirekten weitgehenden Ausschluß von Nutzerinnengruppen von einem Großteil des österreichischen Zugsangebots über sachlich nicht nachvollziehbare Tarifierhöhungen und Beförderungseinschränkungen für sinnvoll?
9. Welche Stellungnahme(n) haben Sie bzw. ihre Gremienvertreter gegenüber den ÖBB hinsichtlich der behinderten- und radfahrerinnenfeindlichen Tarif- und Richtlinienänderungen der ÖBB für „Sonderfahräder“ wann abgegeben?
10. Welche Informationen zu den Mehr- bzw. Mindereinnahmen durch die Tarif- und Richtlinienänderungen der ÖBB für „Sonderfahräder“ liegen Ihnen vor?
11. Werden Sie eine Zurücknahme der behinderten- und radfahrerinnenfeindlichen Tarif- und Richtlinienänderungen der ÖBB für „Sonderfahräder“ drängen? Wenn ja. bis wann, wenn nein, warum nicht?